zugestellt durch Österreichische Post

FPÖ
Unsere Gemeinde
Unsere Heimat

FREIHEITLICHER GEMEINDEKURIER
Hauskirchen

Ausgabe · November 2026 | 562132/2026
Impressum: FPÖ Niederösterreich | Purkersdorfer Straße 38, 3100 St. Pölten

Parteipolitische Scheuklappen statt Einsatz für Hauskirchen



Bereits im letzten Gemeindekurier haben wir darüber berichtet: Unserem Antrag gegen zusätzliche Milliardenhaftungen aus Ukraine-Krediten wurde von ÖVP und SPÖ die Dringlichkeit verweigert. In der Gemeinderatssitzung am **7. Oktober 2026** wiederholte sich dieses Vorgehen. Diesmal ging es um die Arbeitsbedingungen unserer Polizisten und damit auch um die Sicherheit unserer Bevölkerung.

Für uns entsteht zunehmend der Eindruck, dass in Hauskirchen die Parteifarbe des Antragstellers mehr zählt als das Anliegen selbst. Kommt ein Antrag von der FPÖ, wird er bereits vor einer inhaltlichen Beratung abgeblockt. Eine sachliche Auseinandersetzung mit unseren Vorschlägen bleibt damit auf der Strecke. Anlass unseres jüngsten Antrags ist das neue Dienstzeitmanagement der Polizei, das seit September auch im Bezirk Gänserndorf erprobt wird. Rückmeldungen aus der Exekutive und der Personalvertretung zeigen deutliche Kritik: Zusätzliche Dienstantritte, mögliche Einkommensverluste und befürchtete negative Auswirkungen auf die Verfügbarkeit von Einsatzkräften sorgen für Unmut.

Das betrifft auch Hauskirchen. Wir alle erwarten, dass im Ernstfall ausreichend Polizisten verfügbar sind und rasch Hilfe geleistet wird. Dafür brauchen unsere Beamten vernünftige Arbeitsbedingungen und ein Dienstzeitmodell, das ihre verantwortungsvolle Arbeit unterstützt. Mit unserer Resolution wollten wir den Innenminister auffordern, den Probebetrieb im Bezirk Gänserndorf zu beenden, das Modell in seiner derzeitigen Form zurückzunehmen und von einer österreichweiten Einführung Abstand zu nehmen. Gerade während der Erprobung müssen Kritik und Erfahrungen aus unserer Region gehört werden.

Alle elf anwesenden Mandatare von ÖVP und SPÖ stimmten gegen die Zuerkennung der Dringlichkeit. Damit wurde unser Antrag in dieser Sitzung nicht inhaltlich behandelt.

In vielen Gemeinden im Bezirk und im gesamten Land bringen wir entsprechende Anträge ein, um gemeinsam ein starkes Signal für unsere Polizei zu setzen. Auch Hauskirchen hätte dazu einen Beitrag leisten können. ÖVP und SPÖ haben diese Gelegenheit erneut ausgeschlagen.

Unsere Bürger dürfen erwarten, dass Vorschläge nach ihrem Inhalt beurteilt werden. Die Sicherheit unserer Bevölkerung und die Anliegen unserer Polizisten verdienen eine ernsthafte Debatte statt parteipolitischer Blockade!

Windkraft: Dafür haben ÖVP und SPÖ Zeit

Unserem Antrag zur Unterstützung der Polizei wurde nicht einmal die Dringlichkeit zuerkannt. Bei der Windkraft gab es hingegen Zustimmung: ÖVP und SPÖ beschlossen einen weiteren Vertragsnachtrag für das Projekt Rannersdorf III. Dieser regelt den Übergang vom bisherigen Vertrag für Rannersdorf I auf die Vereinbarung für die geplanten Ersatzanlagen.

Alle FPÖ-Gemeinderäte stimmten dagegen. Wir sehen die fortgesetzte Unterstützung solcher Projekte kritisch. Auch vertragliche Schritte müssen im Zusammenhang mit den Auswirkungen auf unsere Landschaft, dem erforderlichen Netzausbau und den Kosten für die Bevölkerung beurteilt werden. Für uns braucht es Grenzen statt eines ständigen Weiter-so!

Neue Kabelstraßen:

Auch die Netzkosten gehören auf den Tisch!

Mit elf Stimmen von ÖVP und SPÖ gegen unsere FPÖ-Stimmen wurden weitere Leitungsrechte auf Gemeindegrund beschlossen. Der Vertrag mit ImWind, Windkraft Simonsfeld und EVN Naturkraft ermöglicht die Errichtung und den Betrieb von Kabelanlagen. Die Gemeinde erhält dafür einmalig 11,47 Euro netto je Laufmeter. Doch Einnahmen für die Gemeinde sind nur eine Seite. **Der Ausbau der öffentlichen Stromnetze zur Anbindung erneuerbarer Großanlagen verursacht Kosten, die über die Netzgebühren auch die Haushalte mittragen.** Die E-Control nennt diese Investitionen ausdrücklich als einen Grund für steigende Netzkosten.

Wir wollen weniger zusätzliche Gestattungsverträge und einen begrenzten Ausbau von Großanlagen, um weiteren Netzausbaubedarf und den Kostendruck auf die Bürger zu verringern.

Noch mehr PV-Felder? GENUG ist genug!

ÖVP und SPÖ wollen zusätzliche Flächen für großflächige Agri-Photovoltaikanlagen ermöglichen. Gegen unsere FPÖ-Stimmen beschlossen sie einen Antrag an das Land Niederösterreich, die bestehenden PV-Zonen entsprechend zu erweitern.

Dabei geht es auch um die Interessen privater Hausbesitzer: **Große PV-Anlagen beanspruchen Einspeisekapazitäten. Bei Engpässen im gemeinsam genutzten Netz können zusätzliche Großanlagen die Möglichkeiten für neue oder erweiterte private Dachanlagen einschränken.** Netz NÖ bestätigt, dass Netzengpässe zu begrenzter oder vorerst unmöglicher Einspeisung führen können. Wir fordern, die Einspeisemöglichkeiten der Haushalte bei weiteren Großprojekten zu schützen. Weniger zusätzliche PV-Flächen und weniger dafür erforderlicher Netzausbau können den Druck auf die Netzgebühren dämpfen. Unsere Landschaft und die Geldbörsen der Bürger dürfen nicht immer weiter belastet werden. GENUG ist genug!

Ihre Anliegen zählen!



Was fehlt in Ihrem Ort? Wo besteht Handlungsbedarf?

Gemeinsam mit Ihnen wollen wir unseren Ort und seine Katastralgemeinden lebenswerter gestalten.

Jetzt Kontakt aufnehmen!
QR-Code scannen und direkt per WhatsApp schreiben

Ihr Ansprechpartner:
GGR Thomas Sticha

fpoe.hauskirchen.neusiedl@gmail.com

WhatsApp: 0664 126 4774







EINLADUNG ZUM

NEUJAHRSPUNSCH

SAMSTAG, 02. JÄNNER

PARKPLATZ HAUPTPLATZ
2185 PRINZENDORF AN DER ZAYA

BEGINN: 15:00 UHR

ALLE SIND HERZLICH ZU DIESER VERANSTALTUNG EINGELADEN!

WIR FREUEN UNS AUF EUER KOMMEN!

Impressum: Freiheitliche Partei Österreichs - Landesgruppe Niederösterreich, Purkersdorfer Straße 38, 3100 St. Pölten